

## „Schleichende Radikalisierung“ Walter Posch

Published in the Weekly: Falter Nr. 50/04, 9.12.2004.

ISLAMISMUS Die Prediger des Terrorismus fassen in den muslimischen Gemeinden Europas Fuß. Der Staat muss die Grenzen der Toleranz aufzeigen, sich aber auch eingestehen, dass er für die fehlende Integration der Muslime mit verantwortlich ist.

Das Wirtschaftswunder der 60er-Jahre bescherte vielen europäischen Staaten ein bis dahin unbekanntes Phänomen: die Entstehung islamischer Gemeinden, die ihre „Moscheen“ in den Hinterhöfen vernachlässigter Stadtviertel eröffneten. Muslime vom indischen Subkontinent und aus Nordafrika wanderten in die ehemaligen kolonialen Mutterländer England und Frankreich ein, während Türken für die Wirtschaft Deutschlands und seiner Nachbarländer rekrutiert wurden. Die 60er- und 70er-Jahre hindurch fiel der Islam nicht auf, wer in Österreich wollte, konnte die Muslime einfach ignorieren. Das Image des Muslims entsprach eher jenem des reichen Scheichs aus Arabien, der wüste Partys feiert. Auch der damalige palästinensische Terrorismus wurde nicht mit dem Islam in Zusammenhang gebracht, sondern - durchaus korrekt - mit dem internationalen Terrorismus linksradikaler Prägung. Seit den 80er-Jahren orientieren sich weltweit immer mehr Muslime am „politischen Islam“ oder „islamischen Fundamentalismus“. Die vielen Moscheen und Bethäuser werden von verschiedenen Vereinen betrieben, die politisch manchmal weit rechts stehen, aber bei weitem nicht mit den Radikalen aus der arabischen Welt zu vergleichen sind. Zur Gewalt rufen und riefen türkische Moscheen nie auf. Der türkische Islam war immer Staatsreligion, kennt daher keine revolutionäre Tradition und fordert in sunnitischer Tradition vom Gläubigen in erster Linie Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ein.

Ein Sonderfall ist die so genannte „Kalifatsgemeinde“ der Familie Kaplan in Köln. Ihr „Guru“ Cemalettin Kaplan erklärte sich zum Kalifen, wollte die ganze Welt islamisieren und forderte sogar den bewaffneten Kampf. Die Türkei verlangte wiederholt seine Auslieferung, was von der BRD regelmäßig abgelehnt wurde, um schließlich feststellen zu müssen, dass die Gruppe immer radikaler und größer wurde, bis die Behörden sie schließlich 2001 verboten.

Das Bild der türkischen Gemeinden gilt mit Abstrichen auch für alle anderen muslimischen Einwanderergruppen. Ihre Moscheen bieten nicht nur die Möglichkeit zum Beten, sondern oft auch ein kleines Vereinslokal, wo die Leute in der eigenen Sprache sprechen oder einkaufen können. Alles in allem handelt es sich um ein soziales Phänomen, auf das die einheimische Bevölkerung oft mit dem Vorwurf reagiert, man würde sich in die eigene Kommunität zurückziehen. Doch dies ist nur zum Teil der Fall. In der Zuwandererbevölkerung herrscht der Eindruck vor, einfach nicht erwünscht zu sein.

Überall haben sich Quasi-Ghettos gebildet, die sozial nicht katastrophal sein müssen, sondern oft eine solide kleinbürgerliche Struktur aufweisen und von Moscheen bis zu Diskotheken alles Mögliche anbieten. Diese „Ghettos“ sind in erster Linie national organisiert, sie erinnern an die Chinatowns. Ob die Kriminalität in diesen Vierteln höher ist als anderswo, ist umstritten. In Zentraleuropa gibt es jedenfalls keine Stadtviertel, die zu „no-go areas“ erklärt wurden. Was es bisher gab, waren tödliche Angriffe auf türkische Familien wie in Mölln und Solingen in den Neunzigern; das Ausmaß der Angst und Sorge, das sich der türkischen Familien in Deutschland bemächtigte, wird oft unterschätzt.

In welchem Zusammenhang steht diese soziale Realität mit dem Islam? Erstens entstand durch die Zuwanderung der Bedarf an islamischem Religionsunterricht, zweitens das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Islam und Staat. Drittens beruft sich eine internationale Strömung des Terrorismus auf islamistische Ideologien. Viertens herrscht in der Öffentlichkeit und im Sicherheitsapparat großes Misstrauen gegenüber Zuwanderern, wodurch sich die Kluft noch mehr vertieft. Das Gefühl, allen Anstrengungen zum Trotz nie zur europäischen Gesellschaft gehören zu können, hat zu einer Neudefinition des Islam beigetragen. Ein weiterer Faktor sind die Kriege in Palästina, Afghanistan, Tschetschenien, Bosnien und jüngst Irak, die Muslime als brutale westliche Aggressionen gegen den Islam

verstehen. Eine politische, moderne und in den meisten Fällen strengere und internationale Form des Islams hat die alten Modelle ersetzt. Viele Aspekte dieser neuen Identität ähneln Entwicklungen in fundamentalistisch-evangelikalen Kreisen der USA. So ist für viele Neoislamisten ein persönliches Bekehrungserlebnis von Bedeutung, das dem „re-born“ der Evangelikalen ähnelt.

In England und Frankreich scheint eine ungute Mischung aus sozialer Misere und politischem Islam bereits Realität zu sein. So ist der Islam in Frankreich und Berichten zufolge auch in England zur größten „Gefängnisreligion“ geworden: der Anteil muslimischer Gefangener, die oft in den Gefängnissen radikalisiert wurden, ist überdurchschnittlich hoch. Dies war auch deshalb möglich, weil die sozial motivierten Parteien aus den „schlechten“ Vierteln verschwunden sind und keine politische Alternative mehr bieten. Zum Radikalismus neigende Jugendliche konnten sich nur mehr den islamistischen Gruppen anschließen. Spätestens seit Spike Lees Film „Malcom X“ mischen sich klassenkämpferische Töne mit dem Islam. In Frankreich konvertierten jugendliche Franzosen sogar nur deshalb zum Islam, um zur Clique in ihrer Nachbarschaft zu gehören.

Mitte der Neunzigerjahre konnten die im Nahen Osten aktiven Gruppen erstmals in größerer Zahl europäische Muslime rekrutieren; die meisten waren pakistanischer, arabischer oder afghanischer Abstammung, aber schon in Europa geboren. Hingegen schloss sich kaum ein Türke aus Europa den international mit Al Qaida affilierten Gruppen an, die meisten türkischen Islamisten gingen direkt aus der Türkei nach Afghanistan, Bosnien oder Tschetschenien.

Die wichtigsten international agierenden Gruppen bildeten 1998 im afghanischen Kandahar eine „Plattform gegen Kreuzfahrer und Zionisten“. Die einzelnen Organisationen dieser Plattform blieben zwar unabhängig, unterstützten sich aber gegenseitig. Eine Kerngruppe um Osama bin Laden und Ayman al-Zawahiri war fortan die entschlossenste antiamerikanische Organisation. Westliche Medien haben ihr den Namen Al Qaida gegeben, damit wurden ursprünglich die Computerdateien („qa'ida“=„Datei“), in denen die Namen der ehemaligen Kämpfer in Afghanistan verzeichnet wurden und das Büro für Afghanistan-Kämpfer („al-qa'ida al-sulbah“=„sichere oder stabile Basis“) bezeichnet. Die in Europa aktiven Zellen suchten in erster Linie Einzelpersonen aus, die sie im Umfeld besonderer Moscheen vermuteten. Der Anschlag auf den niederländischen Künstler Theo van Gogh bestätigt dieses Bild: die Gruppe der Attentäter hatte keinen Namen, war in keine Terrorfinanzierung involviert und verübte bis zu seiner Ermordung keine Straftat. Die einzelnen Zellen genießen ein so hohes Maß an Autonomie, dass kaum von einer Vernetzung im eigentlichen Sinne gesprochen werden kann. Es muss von einer Art Franchising-Unternehmen des Terrors ausgegangen werden, das sich in lokale Konflikte einklinkt, militärische, logistische oder ideologische Unterstützung gewährt und eigene Ziele mit den Zielen einheimischer Gruppen kombiniert. Man unterstützt gleich Gesinnte bis zum Anschlag und zieht sich dann zurück. Auf lange Sicht streben diese Gruppen eine weitere Abkapselung der in Europa lebenden Muslime an, um ihnen die eigene, radikale Version des Islam aufzuzwingen.

Der internationale Terrorismus muss natürlich mit allen legalen Mitteln bekämpft werden. Doch fast überall in Europa fehlen bislang die nötigen Sprach- und Kulturkenntnisse im Sicherheitsapparat, im schlimmsten Fall mußten die Behörden wie Blinde agieren. Damit ist die Verlockung groß, mehr Kompetenzen (und natürlich Geld) zu fordern. Oft zielen diese Forderungen auf längst überfällige Schritte bei der Modernisierung der Ausrüstung, der Verbesserung der Führungsstrukturen und der internationalen Kooperation. Um diese zu erleichtern, wurde beim Hohen Beauftragten für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik der Posten eines „Koordinators zur Terrorbekämpfung (Counter-terrorism Coordinator)“ geschaffen, den der Niederländer Gijs de Vries besetzt. Seine Aufgabe ist es, die Koordination zwischen den einzelnen Staaten zu verbessern. Die Einführung einer Solidaritätsklausel in die europäische Verfassung (Art. I-43) unterstreicht die große Bedeutung, welche die EU der Terrorbekämpfung einräumt. Dennoch wird es weder ein europäisches FBI noch eine europäische CIA geben, unter anderem deshalb, weil die Nachrichtendienste der Mitgliedsstaaten zu verschieden organisiert sind.

Islam und Terrorismus haben keine genuinen Gemeinsamkeiten. Der Islam ist eine Religion in vielen Varianten, die sich im Prinzip in den westlichen Wertekanon in der Tradition der Aufklärung ohne Probleme integrieren lässt (oder umgekehrt), wenn auf der muslimischen Seite dafür das entsprechende Verständnis aufgebracht wird. Das ist unter vielen Theologen durchaus der Fall. Das Problem besteht in der Ideologie des Islamismus. Der neue, moderne Terrorismus stammt aus radikal-islamistischen Kreisen, denen es gelingen kann, wegen der sozialen Misere europäischer Großstädte Aktivisten zu werben. Hier überschneiden sich soziale Problematik und Terrorismus. Dagegen muss dreifach vorgegangen werden: Erstens durch soziale Maßnahmen. Dabei sind auch die klassischen Mittel des Sozialstaats gefordert, doch an dessen Finanzierbarkeit wird immer öfter gezweifelt. Äußerst erfolgreiche Integrationsprojekte für Kinder und Jugendliche der Zuwanderer scheinen von der Politik weit gehend als verzichtbar betrachtet zu werden. Dieses Feld der Jugendarbeit wurde somit islamistischen Gruppen überlassen.

Zweitens ideologisch und theologisch. Staat und Gesellschaft müssen gemäßigte islamische Kreise unterstützen und offiziell anerkennen. Denn wer sich als Taufscheinkatholik mit islamischen Fundamentalisten zum Diskutieren einlässt, hat schon verloren. Wer aber selbst Imam ist, kann, wie es ja auch schon geschieht, von der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam predigen und weitere Radikalisierungen verhindern. Drittens mit polizeilichen Maßnahmen. Die Behörden benötigen bessere Sprachkenntnisse, Ausbildung sowie die Fähigkeit, radikale Gruppen zu infiltrieren und Erkenntnisse mit europäischen Partnern zu tauschen. Statt über Sinn und Unsinn einer nun einmal existierenden multikulturellen Gesellschaft zu polemisieren, muss die Realität der schleichenden Radikalisierung unter Europas Muslimen eingestanden werden. Der Staat soll einerseits die Grenzen der Toleranz aufzeigen - aggressives islamistisches Schrifttum darf nicht auf Verständnis stoßen. Andererseits muss sich die Gesellschaft eingestehen, dass sie sehr wohl für die fehlende Integration der Muslime mit verantwortlich ist. Zuwanderer in Europa sind verschiedenen Diskriminierungen ausgesetzt (oder fühlen sich diskriminiert), was eine der Ursachen für deren Abkapselung ist. Doch leidet eignet sich dieses Thema trefflich zum Polemisieren. Von den notwendigen Maßnahmen - Integrationspolitik auf lokaler Ebene, Aufbau eines quasi-offiziellen Islam im gesellschaftspolitischen Bereich, Fortschritte in der Sicherheitspolitik - werden wohl nur Letztere verwirklicht werden.